

Ministerpräsidenten  
Volker Bouffier  
Hessische Staatskanzlei  
Georg-August-Zinn-Str.1  
65183 Wiesbaden

Bundesverband  
Psychoanalytische Paar- und  
Familientherapie (BvPPF)

**Geschäftsstelle:**  
Sekretariat BvPPF  
KKH Wilhelmstift  
Nadine Gutmann  
Liliencronstraße 130  
22149 Hamburg

Fon +49 (0)40 673 77 190  
Fax +49 (0)40 673 77 196  
sekretariat@bvppf.de

25. Juni 2018

**Nachrichtlich:**

Tarek Al-Wazir, Hessischer Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und  
Landesentwicklung  
Dr. Thomas Schäfer, Hessischer Staatsminister der Finanzen

**Vorstand**  
Dipl.-Psych. M. Stasch, Heidelberg  
[stasch@bvppf.de](mailto:stasch@bvppf.de)  
E. Rosenstock-Heinz, KJP, Gießen  
[rosenstock-heinz@bvppf.de](mailto:rosenstock-heinz@bvppf.de)  
Dr. med. B. Brosig, Gießen  
[brosig@bvppf.de](mailto:brosig@bvppf.de)  
A. Altevogt-Brauns, KJP, Gießen  
[altevogt-brauns@bvppf.de](mailto:altevogt-brauns@bvppf.de)  
Dipl.-Psych. J. Kleinschnittger, Berlin  
[kleinschnittger@bvppf.de](mailto:kleinschnittger@bvppf.de)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

am letzten Wochenende fand an der Universität Gießen die 11.  
wissenschaftliche Fachtagung unseres Verbandes statt. Thematisch  
ging es unter anderem um die Verunsicherung von Familien durch die  
Folgen von Globalisierung und Radikalisierung. Wie in allen psycho-  
sozialen Disziplinen bemühen sich auch die Psychotherapeuten wie wir  
aktuell sehr um die Versorgung und Behandlung von Flüchtlingen und  
Migranten. Insofern ist unsere Berufsgruppe sehr sensibilisiert für  
politische Entscheidungen in diesem Bereich, die ja unsere Inter-  
ventionsmöglichkeiten entscheidend mitbestimmen.

**Bankverbindung**  
Volksbank Gießen  
IBAN: 69513900000006958001  
BIC: VBMHDE5F

**Homepage**  
[www.bvppf.de](http://www.bvppf.de)

Während der Tagung erreichte uns die Mitteilung, dass die  
Erstaufnahmeeinrichtung „Michaelisdorf“ in Darmstadt geschlossen  
werden soll. Als unmittelbare Reaktion initiierten die Tagungsteilnehmer  
die beigefügte Petition, die an Herrn Staatsminister Stefan Grüttner  
versendet werden wird.

Der gesamte Vorstand des BvPPF unterstützt diese Petition unein-  
geschränkt und möchte an dieser Stelle eindrücklich auf die vorbildhafte  
Behandlungskompetenz der vor Ort arbeitenden Kolleginnen und  
Kollegen hinweisen und auf die Sorge, dass eine, durch nachvollzieh-  
baren Kostendruck begründete Schließung, mit erheblichen gesamt-  
gesellschaftlichen Folgekosten verbunden sein könnte. Die Krisen-  
intervention im „Michaelisdorf“ bedeutet nicht zuletzt auch eine Prävention  
von Radikalisierung extrem traumatisierter Menschen.

Insofern möchten wir Sie bitten, sich für den Erhalt dieser Einrichtung  
einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Stasch, 1. Vorsitzender

Prof. Dr. Burkhard Brosig, 2. Stellv. Vorsitzender